

Landtag von Baden-Württemberg – Drucksachen-Retrospektive

Februar 2020

Vorbemerkung: Bei der Erstellung des ersten Berichts im Februar 2020 für den Januar 2020 hat sich gezeigt, dass ein moderater zeitlicher Abstand für die Nachbereitung in Form einer Retrospektive sinnvoll sein kann. Mit zeitlichem Abstand liegen mindestens vereinzelt schon ergänzende Informationen aus der täglichen Arbeit vor – bspw. Reaktionen im politischen Umfeld. Dies entbindet den geschäftsführenden Landesvorstand nicht davon, auf Ballhöhe zu bleiben.

In der Anlage enthält die Retrospektive eine Übersicht über die Drucksachen des Landtags von Baden-Württemberg im jeweiligen Zeitraum. Teilweise handelt es sich um die Anfragen, deren Antworten dann in einer späteren Drucksache niedergelegt werden.

Drucksache 16/7494

Die Anfrage der SPD befasst mit den **Problemen bei der Überleitung in die neue Entgeltgruppe E9a**. *Anmerkung: Im Rahmen der Tarifverhandlungen 2019 wurde beschlossen, die sog. Kleine EG9 in die neue EG9a umzuwandeln. Die notwendigen Änderungsverhandlungen hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung dauerten jedoch noch bis in den Sommer 2019 an. Nachdem die Verhandlungen der Tarifpartner abgeschlossen waren, waren die Länder mit der konkreten Umsetzung befasst. Im zuständigen LBV Baden-Württemberg kam es zu fehlerhaften Berechnungen, insbesondere bei der Neuberechnung der Stufenlaufzeit. Neben fehlerhaften Gehaltsmitteilungen kam es zu fehlerhaften Auszahlungen. Unsere Tarifsprecherin Dominique Fülster hat unsere Mitglieder über die Problemstellungen frühzeitig informiert und angeregt, Prüfungen anzustoßen bzw. Ansprüche geltend zu machen).*

Aus der Antwort geht hervor, dass 4.808 Tarifbeschäftigte in BW von der Neuberechnung betroffen waren und dass es bei etwa 700 Fällen zu fehlerhaften Überleitungen kam. *(Anm.: Am Tag der Erstellung dieser Retrospektive, dem 15. März 2020, sind diese Fälle immer noch nicht alle bereinigt.)*

Drucksache 16/7777

Der Landesbeauftragte für den **Datenschutz und die Informationssicherheit**, Dr. Stefan Brink, hat seinen **35. Tätigkeitsbericht** dem Parlament vorgelegt. Eine Kommentierung der wesentlichen polizeibezogenen Inhalte ist durch Landesvorsitzenden Steffen Mayer im Rahmen der Verbandszeitschrift Der Kriminalist erfolgt.

Drucksache 16/7488

Die FDP/DVP erkundigt sich beim Ministerium der Justiz und für Europa zu der **Verteilung der neuen Stellen im Justizdienst** sowie weiteren **Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Justizdienstes**. Der Blick zu unseren Partnern der Justiz ist sinnvoll, da sie wie die Polizei seit Jahren über Personalmangel klagt und wie die Polizei im Vergleich des Bundes und der

Länder einen Platz im hinteren Drittel belegt (die Polizei BW sogar den letzten). Die Stellen sind dabei unter anderem als Ausfluss aus dem Pakt für Rechtsstaat zu sehen.

Die Antwort führt aus, dass *beispielsweise* 40 Neustellen für Richterinnen und Richter sowie 61 Neustellen für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte im Jahr 2020 in BW kommen werden. Bei den Maßnahmen der Attraktivität bleibt das Justizministerium wohl weit hinter der Erwartungshaltung der Berufsvertretung der Justiz zurück. Anhaltspunkte, die für die Polizei nachahmbar wären, ergeben sich nach hiesiger Bewertung kaum.

Weiter aufschlussreich sind die aktuellen Stellenanteile bei den Staatsanwaltschaften Mannheim und Stuttgart, die sich ausschließlich und mit Expertise der Bekämpfung von Cybercrime befassen. In Mannheim sind dies 3,0 Arbeitskraftanteile (AKA) (vglb. Mit dem Begriff VZÄ der Polizei) und in Stuttgart sind dies der Abteilungsleiter und Leitungsbereich „Zentralstelle zur Bekämpfung der IuK-Kriminalität“ mit 1,0 AKA sowie drei DezernentInnen mit 2,75 AKA. Die Zentralstelle wird von mehreren Personen, im Gesamtvolumen von 1,0 AKA unterstützt (ohne eigene Ermittlungsführung, also Grundsatzfragen oder Fragen der Fortbildung). Damit sind (nur) 7,75 AKA landesweit ausschließlich für den Cybercrimebereich zuständig.

(Zur regionalen Stellenverteilung in der Justiz und im Justizvollzug siehe auch LT-Drs. 16/7758, Anfrage der SPD. Dies war zum 15. März noch nicht beantwortet).

Drucksache 16/7587

Die Beschlussempfehlungen des **Berichtes „Das Unterstützerumfeld des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in Baden-Württemberg und Fortsetzung der Aufarbeitung des Terroranschlags auf die Polizeibeamten M. K. und M. A. (Rechtsterrorismus/NSU BW II)“ waren zum 31. Januar 2020, nach rund zwei Jahren zu evaluieren.** Die Empfehlungen richteten sich an die jeweils zuständigen Ministerien, die für den Bericht Stellung genommen haben. Eine inhaltliche Betrachtung würde den Rahmen dieses Papiers sprengen; zur besseren Einordnung der Themen erfolgt hier eine Auflistung der Empfehlungen (das Inhaltsverzeichnis):

1. Belange des Opferschutzes stärken
2. Aufbruch der Demokratie – Stärkung der Prävention bei Jugendlichen vor dem Einstieg in den Rechtsextremismus
3. Bekämpfung der rechtsextremistischen Musikszene
4. Waffenbesitz von Rechtsextremisten unterbinden
5. Rechtsextremistische Chiffren in Kfz-Kennzeichen
6. Extremismusfestigkeit der Landesverwaltung
7. Aus-, Fort- und Weiterbildung zum rechtsextremistischen Bereich
8. Spezialisierungsfreundliche Ausgestaltung von beamtenrechtlichen Beförderungsentscheidungen („Verwendungstiefe“)
9. Vielfältige fachliche Qualifikation beim Verfassungsschutz sicherstellen
10. Öffentliche Kontaktliste von Ansprechpartnern zu Rechtsextremismus
11. Fehlender Blick für Gesamtermittlungen
12. Erkennen einer Vernetzung unterschiedlicher Kriminalitätsbereiche
13. Länderübergreifender Informationsaustausch
14. Laufende kritische Überprüfung der Arbeit mit Quellen
15. Anspruch des Untersuchungsausschusses auf Entscheidung über Aussagegenehmigung
16. Ausstieg aus der rechtsextremistischen Szene: „BIG Rex“ und „konex“
17. Gesellschaftliche Akzeptanz für Ex-Szene-Angehörige erhöhen
18. Datenbank von Expertinnen und Experten als Intranet
19. Internetpräsenz des LfV
20. Elektronische Aktenführung bei Sicherheitsbehörden

21. Höhere IT-Kompatibilität der verwendeten EDV-Systeme des Bundes und der Länder
22. Rechtsextremismus-Datei
23. Transparenz des Verfassungsschutzes
24. Landesamt für Verfassungsschutz aus der Gesellschaft heraus stärken – Extremismusforschung ausbauen
25. Landtag von Baden-Württemberg
26. Schaffung eines Instituts für (Rechts-) Extremismus-Forschung
27. Problematische Einstufungspraxis Internationale Rechtshilfe für Untersuchungsausschüsse
28. Untersuchungsausschuss als auskunftsberechtigte Stelle im Sinne des Telekommunikationsgesetzes
29. Aktenvernichtungsmoratorium

Drucksache 16/7519

Die Grünen erkundigen sich nach der **Umsetzung neuer präventiv-polizeilicher Eingriffsbefugnisse**. Die Anfrage zielt primär auf Ermittlungen im Bereich des Staatsschutzes ab und handelt im Wesentlichen von Gefährdern. Neben klassisch möglichen präventiv-polizeilichen Maßnahmen findet eine Abfrage auch hinsichtlich neu geschaffener Maßnahmen, wie der TKÜ/Quellen-TKÜ.

Eine Übersicht über die Maßnahmen 2017 und 2018 wird in dieses Papier übernommen:

Maßnahmen	2017	2018
Längerfristige Observation § 22 Abs. 1 Nr. 1 PolG	25	25
Einsatz techn. Mittel außerhalb von Wohnungen gesamt	26	26
– Davon selbsttätige Bildaufzeichnung und Abhören des nicht öffentlich gesprochenen Wortes § 22 Abs. 1 Nr. 2 PolG	14	16
– Davon Feststellen des Aufenthaltsorts oder der Bewegung einer Person oder Sache § 22 Abs. 1 Nr. 3 PolG	12	10
Einsatz von verdeckten Ermittlern § 22 Abs. 1 Nr. 4 PolG	2	2
Einsatz von Vertrauenspersonen § 22 Abs. 1 Nr. 5 PolG	8	1
Einsatz techn. Mittel in/aus Wohnungen § 23 Abs. 1 PolG	0	0

Maßnahme	2017	2018
Präventive Telekommunikationsüberwachung § 23 b Abs. 1 PolG	3	21
– Davon im Zusammenhang mit PMK	3	17

Maßnahmen der Quellen-TKÜ nach § 23b Abs. 2 PolG BW **kamen bislang nicht zur Anwendung**, führt die Stellungnahme des Innenministeriums aus. (Neue Maßnahme)

Maßnahmen	2017	2018
Erhebung von Telekommunikationsverkehrs- und Nutzungsdaten § 23 a Abs. 1 PolG	992	925
– Ausschließlich zur Ortung	989	923
– Über die Ortung hinaus (jeweils Verkehrsdaten § 96 TKG, bzw. § 15 TMG)	3	2

Maßnahme	2017	2018
IMSI-Catcher § 23 a Abs. 6 PolG	66	42

Maßnahmen zu Aufenthaltsvorgaben im Sinne des § 27b Abs. 1 PolG BW wurden seit der Einführung **nicht getroffen**. (Neue Maßnahme)

Die neue **Maßnahme der präventivpolizeilichen elektronischen Aufenthaltsüberwachung** nach § 27 c PolG BW wurde bis **dato einmal im Jahr 2018 bei einem Gefährder durchgeführt**.

Maßnahmen	2017	2018
Polizeiliche Beobachtung § 25 PolG	34	56
Verdeckte Registrierung, gezielte Kontrolle Art. 36 SIS II Rahmenbeschluss	47	40

Drucksache 16/7778

Mit dieser Drs. legt Dr. Stefan Brink (bereits o. g.) den **2. Informationsfreiheits-Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg für die Jahre 2018/2019** vor. Das Landesinformationsfreiheitsgesetz (LIFG) bietet vereinfacht gesagt interessierten Bürgerinnen und Bürgern Zugang zu den Informationen der Exekutive und damit wird das Thema auch für die Polizei relevant.

Der LfDI führt hinsichtlich eines aufgenommenen Falles (Auskunfts-Begehren eines Bürgers zu einem konkreten Protokoll eines Polizeieinsatzes) aus, dass das

Auskunftsbegehren nach LIFG Grenzen hat: „Handelt die Polizei als Ermittlungs- oder Strafverfolgungsbehörde fallen diese amtlichen Informationen unter die Bereichsausnahme des § 2 Abs. 2 Nr. 3 LIFG.“

<u>Probleme bei der Überleitung in die neue Entgeltgruppe E 9 a</u>	16/7494	Datum: 03.02.2020	Art: Antrag	Urheber: SPD
<u>35. Datenschutz-Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg für das Jahr 2019</u>	16/7777	Datum: 04.02.2020	Art: Alle	Urheber: LRG
<u>Gewalt gegen Frauen und Gefährdungspotenzial durch sog. „Incels“</u>	16/7520	Datum: 05.02.2020	Art: Antrag	Urheber: GRÜNE
<u>Verteilung der neuen Stellen im Justizdienst und weitere Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Justizdienstes</u>	16/7488	Datum: 07.02.2020	Art: Antrag	Urheber: FDP/DVP
<u>Aktivitäten von Bürgerwehren</u>	16/7505	Datum: 07.02.2020	Art: Kleine Anfrage	Urheber: GRÜNE
<u>Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Bericht und Beschlussempfehlung des Untersuchungsausschusses „Das Unterstützernetzwerk des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in Baden-Württemberg und Fortsetzung der Aufarbeitung des Terroranschlags auf die Polizeibeamten M. K. und M. A. (Rechtsterrorismus/NSU BW II)“</u>	16/7587	Datum: 10.02.2020	Art: Alle	Urheber: LRG
<u>Gesetz zur Änderung des Landessicherheitsüberprüfungsgesetzes und des Landesverfassungsschutzgesetzes</u>	16/7693	Datum: 10.02.2020	Art: Gesetzesbeschluss	Urheber: LRG
<u>Umsetzung neuer präventiv-polizeilicher Eingriffsbefugnisse</u>	16/7519	Datum: 11.02.2020	Art: Antrag	Urheber: GRÜNE
<u>Messerangriff in Bretzfeld/Scheppach</u>	16/7536	Datum: 11.02.2020	Art: Kleine Anfrage	Urheber: AfD
<u>Rolle des baden-württembergischen Innenministeriums bei Rückholaktionen aus dem IS-Gebiet</u>	16/7540	Datum: 11.02.2020	Art: Antrag	Urheber: SPD
<u>Regionale Stellenverteilung in der Justiz und im Justizvollzug</u>	16/7758	Datum: 14.02.2020	Art: Antrag	Urheber: SPD
<u>Aktuelle Erhebung Abschiebungen und Abschiebehaft</u>	16/7767	Datum: 17.02.2020	Art: Kleine Anfrage	Urheber: AfD

<u>Aktueller Stand polizeilicher Schwerpunkte in Heilbronn, Sigmaringen und Ellwangen und Rückkehr abgeschobener Asylbewerber nach Baden-Württemberg</u>	16/7571	Datum: 18.02.2020	Art: Antrag	Urheber: AfD
<u>der Abg. Dr. Ulrich Goll u. a. FDP/DVP Zur aktuellen und zukünftigen Rolle des Gemeindevollzugsdienstes als Teil der Sicherheits- und Ordnungsbehörden</u>	16/7769	Datum: 19.02.2020	Art: Antrag	Urheber: FDP/DVP
<u>Schutz des Vermögens pflegebedürftiger Menschen vor Straftätern</u>	16/7771	Datum: 19.02.2020	Art: Antrag	Urheber: FDP/DVP
<u>Entwicklung bei sachgrundlosen Befristungen in der Landesverwaltung in den Jahren 2018 und 2019</u>	16/7787	Datum: 20.02.2020	Art: Antrag	Urheber: SPD
<u>Doping unter Jugendlichen</u>	16/7800	Datum: 24.02.2020	Art: Antrag	Urheber: FDP/DVP
<u>Gibt es Verbindungen zwischen dem Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke und der NSU-Mordserie und mögliche Bezüge nach Baden-Württemberg?</u>	16/7644	Datum: 28.02.2020	Art: Kleine Anfrage	Urheber: SPD
<u>2. Informationsfreiheits-Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg für die Jahre 2018/2019</u>	16/7778	Datum: 28.02.2020	Art: Alle	Urheber: LRG